

04A
16.6.10

Kreis gibt kein Geld für Verhütungsmittel

EUTIN An einer Mehrheit aus CDU, FDP und FWG ist im Sozialausschusses des Kreises ein Antrag der Grünen gescheitert, die einen „Kreisfonds für eigenbestimmtes Leben“ einrichten wollten. Damit wäre Hartz-IV-Empfängern eine finanzielle Unterstützung für Verhütungsmittel ermöglicht worden.

Die sozialpolitische Sprecherin der Grünen-Kreistagsfraktion, Claudia Zimmerler, schildert, dass die Verwaltung eine präzise Darstellung der Sachlage erbracht und die Gleichstellungsbeauftragten des Kreises ein schlüssiges Finanzierungsmodell vorgelegt hätten. Danach wären in diesem Jahr 10000 Euro bereitgestellt worden. Die Schwangerenberatungsstellen von Awo, dem Sozialdienst katholischer Frauen und des Frauennotrufs seien bereit gewesen, die Abwicklung zu übernehmen.

Zimmerler: „Hartz-IV-Empfänger sollen aus ihrer monatlichen Regelleistung 14,36 Euro für Gesundheitspflege nutzen. Dazu zählen auch Verhütungsmittel. Wenn man weiß, dass die Antibabypille im Durchschnitt monatlich 11 Euro kostet,

kann man sich ausrechnen, dass bei vielen dafür kein Geld übrig ist!“

„Was nützt es, wenn die CDU und der Landrat immer wieder die Richtigkeit einer finanziellen Unterstützung für Verhütungsmittel feststellen, aber im gleichen Atemzug sagen, dass der Kreis aufgrund der schlechten Haushaltslage für so eine Aufgabe kein Geld habe?“

Claudia Zimmerler
Kreistagsabgeordnete

Die Schwangerenberatungsstellen berichteten, dass es immer wieder wegen fehlender Verhütung aus finanziellen Gründen zu ungewollten Schwangerschaften komme. Andere Städte und Kreise wie Lübeck, Flensburg und Stormarn hätten längst einen Fonds eingerichtet und damit gute Erfahrungen gemacht.

Zimmerler weiter: „Wir in Ostholstein hängen hinterher. Was nützt es, wenn die CDU und der Landrat immer wieder die Richtigkeit einer finanziellen Unterstützung

für Verhütungsmittel feststellen, aber im gleichen Atemzug sagen, dass der Kreis aufgrund der schlechten Haushaltslage für so eine Aufgabe kein Geld habe?“ Sicher wäre eine Finanzierung aus Bundesmitteln der richtige Weg, doch bevor sich der Bund dazu entschließe, sei der Kreis gefordert.

Auf scharfe Kritik stieß die Ablehnung bei der SPD: „Es geht schon an den politischen Intellekt, wenn Schwarz-Gelb behauptet, dass 2010 mit rund sechs Millionen Euro Defizit im Kreishaushalt eine positive Entscheidung „finanziell nicht zu verantworten“ sei und eine Entscheidung zum Haushalt 2011 in Aussicht stellt, wenn das Defizit nach gesicherten Erkenntnissen bis zu drei Mal so hoch sein wird“, wetterte der sozialpolitische Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion Hermann Greve.

Neben den auf der Hand liegenden und in der Öffentlichkeit breit diskutierten vorrangig sozial- und familienpolitischen Aspekten übersehe Schwarz-Gelb völlig den finanzpolitischen Nebeneffekt der haushaltpolitischen Nachhaltigkeit bei Ein-

führung der in Rede stehenden Regelungen. So seien beispielsweise im Landeshaushalt für dieses Jahr allein zwei Millionen Euro Kosten-

erstattungen an die Krankenkassen für Schwangerschaftsabbrüche „in besonderen Fällen“ veranschlagt.

oha